

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

152. Sitzung

Berlin, Freitag, den 14. März 2008

Tagesordnungspunkt 28:

Antrag der Abgeordneten Wolfgang Wieland, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Europol-Beschluss rechtsstaatlich verbessern** (Drucksache 16/7742)

16050 A

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: **Europol-Beschluss rechtsstaatlich verbessern**
(Tagesordnungspunkt 28)

Petra Pau (*DIE LINKE*): Erstens. Europol ist ein Polizeiamt der Europäischen Union. Es soll die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität koordinieren. Die Befugnisse von Europol sind vertraglich geregelt. Diese Regeln und der Status wurden mehrfach geändert. Darum geht es auch jetzt.

Zweitens. Europol war nie unumstritten. Insbesondere aus bürgerrechtlichen und aus demokratischen Gründen stand Europol von Anfang an in der Kritik. Denn Mitarbeiter von Europol haben Sonderrechte und -vollmachten, die zum Beispiel mit dem deutschen Polizeirecht nicht vergleichbar sind.

Drittens. Ich schicke das alles vorweg, um zu illustrieren, warum Die Linke die aktuellen Änderungen sehr zwiespältig sieht. Europol entzieht sich weitgehend der öffentlichen, parlamentarischen und rechtlichen Kontrolle. Das war so und daran wird sich auch nun nichts Wesentliches ändern.

Viertens. Das wiederum führt zu einem weiteren Makel. Europol schwebt auch beim Thema Datenschutz weitgehend im rechtsfreien Raum. Der großzügige Umgang der Bundesregierung mit sensiblen Daten der Bürgerinnen und Bürger hat ja ohnehin Konjunktur, was wir ablehnen.

Fünftens. Trotz dieser strukturellen Defekte soll Europol nun noch mehr Befugnisse erhalten. Das ist sachlich widersinnig und rechtsstaatlich nicht hinnehmbar. Dasselbe trifft auf Formulierungen zu, die höchst auslegbar sind und folglich nicht mehr, sondern weniger Sicherheit bringen.

Sechstens. Ursprünglich sollte Europol die grenzüberschreitende „Organisierte Kriminalität“ bekämpfen. Künftig soll sich Europol auch der schweren Kriminalität widmen. Ich nehme nicht an, dass damit explizit die kriminelle Steuerhinterziehung der Zumwinkel & Co. gemeint ist.

Siebtens. Grundsätzlich gilt für Die Linke: Je größer die Befugnisse von Europol sind, desto klarer muss der Auftrag von Europol definiert werden und desto gründlicher muss die parlamentarische und rechtsstaatliche Kontrolle sein. Genau daran mangelt es aber.

Achtens. Deshalb ist die Alternative für die Fraktion Die Linke übersichtlich. Entweder es bleibt beim vorliegenden Beschluss zu Europol. Dann sagen wir Nein. Oder Europol wird auf eine rechtsstaatliche und bürgerrechtliche Basis gestellt. Dann sehen wir gerne weiter.